

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

**Mündliche Frage Regierungskontrolle gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse 25.05.2020**

• **225 Frage von Herrn Mertes (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur medizinischen Versorgung in Senioren-Wohn- und Pflegeheimen**

Seit nun rund neun Wochen sind die Wohn- und Pflegezentren für Senioren in der DG für Besucher geschlossen. Erst seit einer Woche sind Besuche unter stark eingeschränkten Bedingungen wieder zugelassen.

Das Besuchsverbot ist, selbst unter den aktuellen Lockerungen, für Bewohner und ihre Angehörigen eine extreme Belastung. Wir alle wissen, dass viele alte Menschen unter der Einsamkeit leiden, was in Einzelfällen zum Tod führen kann. Das von den eigenen Kindern in den Arm genommen werden oder das Halten der Hand von einer guten Freundin, einem guten Freund, können die Pflegekräfte bei allen Bemühungen nicht ersetzen.

Doch nicht nur die Psyche der Bewohner leidet unter diesen Maßnahmen. Auch die medizinische Versorgung lässt zu wünschen übrig, wie uns Angehörige berichten.

Aus Angst, den Virus in ein Heim einzuschleppen, gehen Ärzte viel seltener in die Seniorenheime, um die Bewohner zu untersuchen. Die Pflegekräfte versuchen meist telefonisch mit den Ärzten Diagnosen und Behandlungen zu erarbeiten.

Wie wir alle wissen, ist eine Ferndiagnose aber nicht das Gleiche wie das Untersuchen des Patienten vor Ort. So ist es vermehrt dazu gekommen, dass Bewohner nur auf unnachgiebigem Drängen durch Angehörige von einem Arzt untersucht wurden, und dann erst die dringend notwendige Behandlung erhielten, bzw. zu medizinischer Versorgung in ein Krankenhaus eingewiesen wurden.

Des Weiteren wurde uns in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass die medizinische Versorgung in den Heimen teilweise mangelhaft ist, da von Ärzten verschriebene Behandlungen mangelhaft umgesetzt werden. Dies ist insofern nicht verwunderlich, da es große organisatorische Mängel schon vor der Krise gab, wie ich Ihnen ja bereits mehrfach hier geschildert habe.

Wir können also nicht ausschließen, dass inzwischen einige Bewohner aus den Wohn- und Pflegezentren nicht an der COVID-19-Erkrankung und ihren Folgen, sondern an den Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Verbreitung dieser Krankheit gestorben sind. Mit Sicherheit kann ich Ihnen sagen, dass einige unnötigem Leid und Schmerzen ausgesetzt sind.

Es entsteht so der Eindruck, dass die Bewohner in den Altenheimen an Allem sterben dürfen, jedoch nur nicht an COVID-19.

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

- Was werden Sie unternehmen, um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen der DG wieder herzustellen?
- Wann gedenken Sie, endlich grundlegend und tiefgreifend die organisatorischen und strukturellen Probleme in den WPZS der DG, welche Ihnen bereits vor der Krise bestens bekannt waren, in Angriff zu nehmen?

## VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

### MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

- **225 Antwort des Ministers Antoniadis auf die Fragen von Herrn Mertes (VIVANT) zur medizinischen Versorgung in Senioren-Wohn- und Pflegeheimen**

Es gibt keine allumfassenden, organisatorischen und strukturellen Probleme in den Wohn- und Pflegezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die grundlegend und tiefgreifend in Angriff zu nehmen wären.

Die Zentren befinden sich seit vielen Jahren in einem ständigen Prozess der Qualitätsverbesserung, der durch die Gemeinschaft vorgegeben, begleitet und unterstützt wird. Ich leugne nicht, dass es punktuell zu Problemen kommen kann. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass zu einem bestimmten Moment im Einzelnen drastische Maßnahmen nötig sein werden, wenn ein Zentrum den Auflagen des Dekretes nicht entspricht. Aber es gibt kein Problem des Systems als solches.

Ich habe Sie, Herr Mertes, übrigens mehrfach aufgefordert, Informationen, die Sie über Missstände zu haben vermögen, bei der Inspektion im Ministerium nachzureichen, damit diesen nachgegangen wird. Bisher beschränken Sie sich darauf, schmunzelnd Notizen von dieser Aufforderung zu machen, aber eingereicht haben Sie nichts. Wenn das, was Sie sagen, stimmen würde, dann würden Sie doch mit der Inspektionsbehörde kooperieren. Es ist schon sehr bedauerlich, dass dem Personal nun auf Grund von Gerüchten unterstellt wird, eine mangelhafte Umsetzung der medizinischen Verordnungen zu tätigen.

Klagen müssen ernst genommen werden, auf jeden Fall. Aber sie sollten auch an die richtige Adresse gerichtet werden: an den betroffenen Arzt und/oder an die Heimleitung. Sollte dies nicht fruchten, gibt es ein System der schriftlichen Beschwerde, über das alle Bewohner und deren Angehörige beim Einzug in eine Wohn- und Pflegezentrum informiert werden.

Nun zur medizinischen Versorgung: Unser Ministerium steht seit Beginn der Krise im permanenten Austausch mit den Hausärzten, den Koordinationsärzten und den Verantwortlichen der WPZS, um eine bestmögliche medizinische Begleitung der Senioren zu ermöglichen.

In den Wohn- und Pflegezentren waren die neugegründeten, mobilen Interventionsteams der Ärzte tätig. Außerdem wurden die Einrichtungen regelmäßig von den Krankenhäusern unterstützt.

Zu der weiteren Ausgestaltung der Politik im Bereich der Wohn- und Pflegezentren für Senioren verweise ich auf die dritte Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzeptes, die ausführlich erläutert wurde. Dort ist vorgesehen, die Angebote der häuslichen Unterstützung und der unterschiedlichen Wohnstrukturen auszubauen und

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

zu stärken. Zwei Themenfelder werden vorrangig bearbeitet: einerseits das Definieren von Qualitätsnormen und der Ausführungserlass zum Dekret sowie andererseits die Konzeption und die Durchführung von Pilotprojekten zur Schaffung neuer Wohnformen. Die Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen vor Ort umgesetzt. Aufgrund der Coronavirus-Epidemie wird die Zeitplanung natürlich angepasst werden müssen.